

Axel Vogel

**Rede zur Aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE Fünf Jahre Gemeinsinn und
Erneuerung in Brandenburg DRS 5/9201 96. Plenarsitzung am 26.06.2014**

- Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident,

Nach über 4 1/2-Jahren weitestgehend ernsthafter themenbezogener inhaltlicher Debatten in diesem Landtag müssen wir uns wohl jetzt damit abfinden, dass das Plenum zum Wahlkampfpodium wird. So hat die heutige Aktuelle Stunde, bei der primär die vorgeblichen Erfolge von rot-rot in dieser Legislaturperiode abgefeiert werden sollen, genauso wenig einen Aktuellen Bezug wie die morgige Aktuelle Stunde der FDP, in der in 60 Minuten die nächste Legislaturperiode abgehandelt werden soll.

Aber sei es drum, jeder blamiert sich, so gut er kann. Und mangels handfester politischer Erfolge muss dann schon einmal die Forsa-Studie für die Enquetekommission erhalten, nach der die überwiegende Mehrheit der Brandenburger gerne in diesem Land lebt.

Wäre aber schön, dann auch einmal den ermittelten Grund zu nennen. Für 97% sind es Landschaft und Natur, nur für 15% sind es die hier lebenden Menschen.

Das sollte schon mal sehr zu denken geben. Genauso wie die Erkenntnis, dass die Regierung, Gerichte, Parteien etc. bei weniger als 50 % der Bevölkerung Vertrauen genießen.

Aber was schert uns das, sagen sich SPD und Linke, Hauptsache, die Mehrheit ist mit der Regierung zufrieden. Bleibt nur der kleine Schönheitsfehler, dass nach einer mehrfachen Emnid-Befragung im Auftrag der Linken nur 40 % der Bevölkerung wissen, dass in Brandenburg rot-rot regiert. Der großen Mehrheit ist das noch gar nicht aufgefallen.

Und das ist auch verständlich, da fast alle aufgeführten Erfolge im Wirtschaftsbereich der allgemeinen konjunkturellen Lage oder dem Aufschwung in Berlin geschuldet sind. Brandenburg bewegt sich hier im Gleichklang aller ostdeutschen Bundesländer. Alle ostdeutschen Länder haben – von niedrigem Niveau ausgehend – einen Zuwachs im produzierenden Gewerbe, Überschüsse im Landeshaushalt und nicht zuletzt durch Abwanderung und demographischen Wandel bedingt sinkende Arbeitslosenzahlen.

Die damit einhergehende Unkenntnis über die Regierungsbeteiligung der Linken und die Namen ihrer Minister ist auch deswegen verständlich, weil hier zwei im Kern sozialdemokratische Parteien regieren, deren Programmatik, vor allem aber deren Regierungshandeln sich nur noch um Nuancen unterscheidet.

Von dem Abschied von dem vermeintlichen Hoffnungsträger CCS als Heilsbringer für die Braunkohle ist in der Erfolgsbilanz keine Rede. So wurde Dank des engagierten Widerstands aus der Bevölkerung die Linke daran gehindert, ihr Wahlversprechen, eine CO₂-Verpressung in Ostbrandenburg zu verhindern, zu brechen. Keine Rede auch davon, dass mit Zustimmung der Linken jetzt auch ohne Maßnahmen zur CO₂-Minderung ein neuer Tagebau bei Welzow aufgeschlossen werden soll und die Energiestrategie 2030 damit endgültig Makulatur wird. Peinlich ist auch der Kampf unseres MP für das Eigenstromprivileg von Vattenfall, mit dem der schwedische Staatskonzern um über 50 Mio Euro entlastet werden sollte.

Aber auch einige andere Begriffe sucht man denn in der Erfolgsbilanz vergeblich. Den Flughafen habe ich im Antrag der Linken für diese Aktuelle Stunde nicht erwähnt gefunden. Auch nicht die Synonyme BBI, BER, Willy-Brandt, FBB. Nicht erstaunlich, ist dies doch die größte schwärende Wunde, die diese Koalition späteren Regierungen und Landtagen überlassen wird.

Angefangen von den halbherzig betriebenen Verhandlungen zum Nachtflugverbot, dem hinhaltenden Widerstand gegen einen effektiven Lärmschutz, bis zum Versagen der Regierungsmitglieder im Aufsichtsrat der FBB im Planungsverfahren und Finanz- und Baucontrolling.

Aber den Bären, dass sich im Bildungsbereich grundlegendes verbessert hätte, wollen wir uns nicht aufbinden lassen. Natürlich wurden neue Lehrer auf freiwerdende Stellen eingestellt, hinzugekommen ist aber keine einzige neue Stelle. Und so haben wir heute weniger Stellen als zu Beginn der Legislaturperiode. Die rot-rote Laterne in den Kategorien Finanzierung der Hochschulen, Kita-Betreuungsschlüssel und Schulabbrecherquote ist Brandenburg heute nicht losgeworden.

Anrede

Gemeinsinn und Erneuerung soll hier abgefeiert werden, aber Gemeinsinn wird zunächst einmal von den Opfern der rot-roten Politik erwartet: Von den Lärmbetroffenen am Flughafen BER, bei denen es nicht um Belästigung sondern um Gesundheitsgefährdung geht. Von den Dorfbewohnern in deren unmittelbarer Nachbarschaft Megatierställe für die industrielle Massentierhaltung entstehen sollen. Von den Bauernfamilien, denen die von der Landesregierung gepöppelten finanzstarken Großagrarien die Flächen unter dem Hintern weg kaufen. Von den 800 Einwohnern von Proschim, die für die Ausweitung der Braunkohleverstromung ihre Heimat aufgeben sollen, für die Haushalte und Handwerksbetriebe, die mit ihrem Strompreis die Freistellung Vattenfalls von der EEG-Umlage finanzieren sollen,

Gemeinsinn wird von den Eltern verlangt, die ihre Kinder auf Freie Schulen schicken und die massiven Kürzungen von rot-rot mit erhöhtem Schulgeld bezahlen dürfen. Wir können gut nachvollziehen, dass viele dieser Menschen diese Anforderungen von rot-rot an ihren Gemeinsinn zunächst einmal als Riesen-Gemeinheit auf Kosten des Gemeinwohls begreifen.

Riesengemeinheiten gegen die sie mobilisieren: Mit Volksinitiativen und Volksbegehren, Demonstrationen und Verfassungsklagen. Die Brandenburger geben nicht mehr klein bei, und das ist gut so. Hier drückt dich eine ganz neue Art von Gemeinsinn aus, mit der jede Regierung in Zukunft rechnen muss.

Ich will nicht ungerecht werden. Brandenburg hat von rot-rot dort profitiert, wo es um politische Kultur ging. Stichwort: Unsere Grünen Anträge zur Öffentlichkeit der Ausschüsse und zu Erleichterungen bei der Beibringung von Unterschriften für Volksbegehren.

Und in der Natur der Sache liegt dann auch, dass diese Erfolge, genauso wie die Einführung des Wahlalters 16, die Beschlüsse gegen Gentechnik auf unseren Feldern oder zur Umstellung der Landesverwaltung auf EE, gemeinsame Erfolge von rot-rot und grün darstellen.

Wir hätten uns mehr solche Erfolge gewünscht. Dass es am Ende nicht mehr geworden sind, hat einen einfachen Grund: Es gibt noch Unterschiede zwischen den Parteien und unterschiedliche Vorstellungen, wie die Zukunft für unser Land Brandenburg aussehen soll. Damit haben die Wählerinnen am 14. September echte Entscheidungsalternativen. Und auch das ist gut so!